Bitte klicken Sie hier, um zu den Dokumenten zu gelangen!

Grüne Fraktion vor Ort: Abgeordnete besuchen Feuerwehren und Tierheime

Die GRÜNEN Abgeordneten haben sich bei zwei Aktionen über die Arbeit der Feuerwehren und der Tierheime in ihren Wahlkreisen informiert. Im Februar besuchten sie mithilfe des Verbandes der Feuerwehren in NRW zahlreiche Feuerwehren in NRW. Die Erkenntnisse werden in die Diskussion um die Novellierung des Feuerwehrgesetzes einfließen. Wir unterstützen den Wunsch vieler Feuerwehren, dass sich mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund engagieren. Außerdem wollen wir die Kinderfeuerwehren für Kinder ab sechs Jahren gesetzlich verankern, um sie für ein späteres Engagement zu interessieren.

Ali Baş (Mitte) bei der Feuerwache in Ahlen

Auch Tierheime, Ziel der zweiten Aktion, nehmen wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit wahr und sind zentrale Einrichtungen für den Tierschutz vor Ort. Deshalb hat Rot-Grün in den vergangenen Jahren die Tierheime in NRW jährlich mit Landesmitteln in Höhe von 500.000 Euro freiwillig gefördert. Auch bei der Kastration verwilderter Hauskatzen unterstützt die Landesregierung seit 2011 die ehrenamtlichen Tierschutzverbände mit einem Förderprogramm, das jährlich 200.000 Euro umfasst.

Reiner Priggen (2.v.r.) in der Tierarztklinik der Städteregion Aachen

Bei beiden Besuchen galt ein besonderer Dank den vielen Ehrenamtlern. Ohne sie würden wichtige Einrichtungen wie die Feuerwehren und Tierheime nicht funktionieren.

GRÜNE IM LANDTAG NRW

FDP-Werkstattgespräch zur Zukunft der Hochschulfreiheit

„Die Hochschulen haben gezeigt, dass sie mit der Hochschulfreiheit verantwortungsvoll umgehen und in dieser Freiheit enorme Erfolge erreichen konnten: wissenschaftliche Exzellenz, Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs, gestiegene Absolventen, mehr Drittmittel“, betonte Angela Freimuth, wissenschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion bei einem Werkstattgespräch der FDP-Fraktion. Dennoch planen SPD und GRÜNE massive Einschränkungen der Autonomie der Universitäten und Fachhochschulen. Nach den Plänen von Ministerin Schulze (SPD) soll das Land den Hochschulen strikte Vorgaben über Forschung, Finanzen und Lehre machen können. Rektoren, Professoren, Studierende, Studentenwerke und Wirtschaft laufen Sturm gegen die rot-grünen Pläne. „SPD und GRÜNE drohen, die Hochschulen zu nachgeordneten Behörden des Landes zu degradieren“, warnte Angela Freimuth.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Axel Freimuth, Rektor der Universität zu Köln, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Rektor der Handelshochschule Leipzig, und NRW-Innovationsminister a.D. sowie Dr. h.c. Josef Beutelmann, Vorsitzender des Hochschulrats der Bergischen Universität Wuppertal und Vorsitzender der Aufsichtsräte der Barmenia Versicherungen, diskutierten interessierte Bürger und Hochschulangehörige beim Werkstattgespräch über die Zukunft der Hochschulfreiheit. Der ehemalige Innovationsminister Pinkwart unterstrich: „Weil wir der Wissenschaft beste Rahmenbedingungen geben konnten, hat sich auch der Standort NRW national und international einen Wettbewerbsvorteil erarbeitet. Den gilt es jetzt zu verteidigen.“ Die rot-grünen Pläne schwächten jedoch den Wissenschaftsstandort. Kritik äußerten die Experten am Misstrauen der Landesregierung gegenüber den Hochschulen.

FDP NRW Die Landtagsfraktion

Management nach Gutsherrenart an NRW-Hochschulen

Reden wir über Geld! Seit 2004 haben sich die Bezüge der Hochschulrektoren in NRW verdoppelt. Gleichzeitig stiegen die Bezüge der anderen Hochschulangehörigen um knapp 10 Prozent. Dieses Missverhältnis gelangte durch eine geleakte Gehaltsstatistik der Uni-Rektoren an die Öffentlichkeit. Der eigentliche Skandal ist dabei nach unserer Auffassung weniger die undichte Stelle als vielmehr die intransparente Festlegung der Bezüge von Hochschulrektoren. Darüber entscheiden die Vorsitzenden der Hochschulräte, die sich etwa zur Hälfte aus Führungskräften der Wirtschaft zusammensetzen. Im Gegensatz dazu legt das Ministerium die Grundbezüge aller Professoren fest.

Dr. Joachim Paul

Es ist unwürdig für unsere Demokratie, wenn die Hoheit über die Verwendung von Steuergeldern bei nicht demokratisch gewählten Gremien liegt. Die Art und Weise, wie Bezüge der Hochschulrektoren festgesetzt werden, ist eine Form von innovationsfeindlichem Management nach Gutsherrenart und dokumentiert aktuell das völlige Scheitern des neoliberalen Konzepts der unternehmerischen Hochschule.

Aber es geht auch um den Steuerzahler. Er hat grundsätzlich ein Anrecht, über staatliche Ausgaben transparent informiert zu werden. Jedes Schulleitergehalt ist bekannt, es gibt keinen Grund, warum dies nicht auch für Hochschulrektoren gelten soll. Als Opposition haben wir auch die Aufgabe, höchstmögliche Kontrolle bei der Ausgabe von Steuergeldern sicherzustellen. Bereits im November 2012 hatten wir eine Kleine Anfrage zur Höhe der Hochschulrektorengehälter gestellt. Hochschulleitungen mussten teilweise bis zu siebzehn Mal konsultiert werden, bevor die Daten herausgegeben wurden – eine Ungeheuerlichkeit vor dem Hintergrund, dass die Bezüge der Hochschulleitungen steuerfinanziert sind.

Das aktuell gültige, sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz hat sich gerade selbst diskreditiert. Es wird höchste Zeit für ein neues Hochschulgesetz, das Transparenzkriterien genügt.

PIRATENFRAKTION IM LANDTAG NRW

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen